

Der Wahlkreisbrief

Neues aus dem Wahlkreis 23 1 / 2015

Danny Eichelbaum sendet Ihnen den Wahlkreisbrief zu seiner Arbeit als Abgeordneter im Landtag Brandenburg

Inhalt

Neues aus dem Wahlkreis

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Aktuelle Themen aus dem Landtag



Neues aus dem Wahlkreis

Gute Nachricht für alle Gartenfreunde und Besucher von Knutfeuern - Landesregierung zum Umgang mit Lager- und Brauchtumsfeuern

Luckenwalde. Endlich scheint Klärung in Sachen „Lagerfeuer-Problem“ in Sicht, wie Danny Eichelbaum (CDU) erklärt: Anfang des Jahres hatte die Landesregierung in unserer Region für Verwirrung gesorgt. Die Regierungsbeamten stellten in Frage, ob Weihnachtsbäume auf sog. Traditionsfeuern, die in unserer Region häufig stattfinden, weiterhin verbrannt werden können und ob kleine Holzfeuer, z.B. in Kleingärten weiterhin genehmigungspflichtig sind.

So informierte das Referat 51 von Abteilung 5 des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft am 5.1.2015 die Landkreise und kreisfreien Städte darüber, dass Weihnachtsbäume überlassungspflichtiger Abfall wären, weshalb das Verbrennen von Weihnachtsbäumen gemäß § 4 Abfallkompost- und Verbrennungsverordnung sowie § 7 Abs. 1 Satz 3 Landesimmissionsschutzgesetz verboten sei.

Viele Bürgeranfragen erreichten uns zu diesem Thema. Für meine Landtagskollegen Jan Redmann, Dieter Dombrowski und mich war diese lebensfremde Auslegung der Vorschriften durch die Landesregierung der Anlass, eine Kleine Anfrage zu diesem Thema an die Landesregierung zu stellen.

Es ist gut und richtig, dass die Landesregierung nunmehr festgelegt hat, was selbstverständlich sein sollte: 1. ehemalige Weihnachtsbäume dürfen im Rahmen von Traditionsfeuern oder Lagerfeuern verbrannt werden und 2. Holzfeuer ist grundsätzlich auch ohne Ausnahmegenehmigung zulässig, wenn die Allgemeinheit und die Nachbarschaft weder gefährdet noch belästigt werden und die Größe des Feuerhaufens einen Durchmesser von 1m und eine Höhe von 1m nicht überschreitet. Eine gute Nachricht für alle Gartenfreunde und Besuchern von Knutfeuern."

Quelle: Blickpunkt, 19.02.2015



*Auszeichnung mit der
Dankesurkunde des
Fördervereins und der
Freiwilligen Feuerwehr
Ludwigsfelde am
04.03.2015*

Lokalpolitiker zu Besuch im Knast - CDU-Vertreter besichtigen das Gefängnis "Heidering" in Großbeeren. Leiterin lobt die Zusammenarbeit mit der Gemeinde.

Neubeeren - "Mein Name ist Anke Stein, ich leite diese Anstalt." Die Berliner Justizbeamte ist Chefin des Gefängnisses "Heidering". Launig hat sie gestern am späten Nachmittag eine Besuchergruppe von Kommunalpolitikern aus Großbeeren, Jüterbog, Ludwigsfelde und Baruth durch den Hochsicherheitskomplex geführt. Initiator dieses Besuchs ist der CDU-Landtagsabgeordnete und Jurist Danny Eichelbaum.

Er wolle sich "endlich mal selbst vor Ort" ein Bild davon machen, wie es in der Praxis funktioniert, dass das Bundesland Berlin seine modernste Justizvollzugsanstalt (JVA) "Heidering" auf Brandenburger Boden betreibt. Ihm sei für die Arbeit in verschiedenen Gremien wichtig gewesen, zu erfahren, so Eichelbaum: "Wie funktioniert die länderübergreifende Strafvollzugspolitik? Wie ist die Region in den Gefängnisbetrieb eingebunden?" Gerade würden zum Beispiel die Verhandlungen zur Zusammenarbeit beim Jugendarrest stocken. "Wir sind im Moment wieder bei gegenseitigen Schuldzuweisungen, was uns natürlich kein Stück weiterbringt", sagt das Landtagsmitglied. Außerdem ist es für ihn ein Dauerthema, dass Berlin zu viele Straftäter und zu wenige Haftplätze hat, Brandenburg dagegen freie Zellen in den Haftanstalten.



Dass Gefängnisse von Stadtstaaten aus allen Nähten platzen, sie auf ihrem Terrain keinen Platz mehr haben und deshalb ins Umland ausweichen, sei nicht ungewöhnlich, so JVA-Leiterin Stein. Das gebe es auch zwischen Hamburg und Niedersachsen. Hintergrund in Berlin sei außerdem, dass "ein Neubau preiswerter ist, als alte Gefängnisse nach neuen Standards umzubauen". Doch Geld für solche Vorhaben gebe die Gesellschaft erst aus, wenn die Situation prekär werde. Weil Berlin mit den ehemaligen Stadtgütern rund um die Hauptstadt "massenhaft Flächen besitzt", war der Gedanke naheliegend, dort zu bauen. "Großbeeren wurde gefragt und hat einfach ja gesagt", erklärt Anke Stein, wie es zu diesem Gefängnisstandort im Gleisring Neubeeren gekommen sei.

Die Zusammenarbeit mit Großbeeren hält die couragierte Justizbeamte für unkompliziert. Beim Siegesfest zum Beispiel habe die JVA Autos ihres Fahrdienstes präsentiert. "Ansonsten haben wir sehr viel regionalen Besuch vor der Eröffnung 2013 gehabt. Jetzt dosieren wir das - wir sind eine Anstalt im Betrieb, kein Zoo", erklärt Anke Stein. "Auch wenn es Strafgefangene sind, denen wir die Freiheit entziehen, weil sie eine Straftat begangen haben und sie verurteilt wurden, behalten die Insassennatürlich ihre Menschenrechte", sagt die Anstaltsleiterin.

"Kerker" wolle man nicht. Deshalb würden die Besucher "sehr viel Schönes" in diesem Haus sehen, das gehöre zum Konzept. Gemütlich sei es für die Insassen daher längst nicht, mache aber dem Personal die Arbeit angenehmer. Für einen Verurteilten bleibe Verlust der Freiheit der gewollte erhebliche Einschnitt. "Ein Straftäter denkt nicht an Gefängnisausstattungen." Doch das Personal leide unter dem ständigen Lärm, den Besuchergruppen unweigerlich erzeugen, beispielsweise das Trappeln der Schuhe. Anke Stein rechnet vor, dass die ausschließlich männlichen Straftäter in der Regel bis zu zwei Jahre im Gefängnis bleiben, maximal fünf Jahre. "Aber die Bediensteten haben praktisch lebenslang", erklärt die Frau, die die JVA "Heidering" mit ihren bis zu 648 Insassen als "kleinen Ortsteil Großbeerens" sieht.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 17.02.2015 / Bild: MAZ

Landtagsabgeordnete auf Tour durch Unterkünfte im Landkreis - CDU-Politiker besichtigen Flüchtlingsheime

CDU-Politiker haben am Freitag im Landkreis Teltow-Fläming mehrere Flüchtlingsunterkünfte besucht. Dazu haben sie das Gespräch mit Sozialpädagogen und Heimleitern gesucht. Dabei wurde über unterschiedliche Probleme gesprochen.

Großbeeren. Warten. Im Dreibettzimmer, oder draußen auf dem Flur. Alltag im Flüchtlingsheim für die Bewohner. Die Mitarbeiter dagegen haben andere Sorgen: „Momentan nimmt die Sicherung der ärztlichen Versorgung einen großen Teil der Arbeit ein," sagt Christian Lähnemann, Sozialpädagoge im Übergangwohnheim Großbeeren. Eines der Probleme: Die ärztliche Versorgung am Wochenende. Die Situation sei ein Ärgernis, sagt Jens Dörschmann, Leiter des Heims. Denn der ärztliche Bereitschaftsdienst weigere sich ins Heim zu kommen, mit dem Verweis auf den Notdienst.



Diese Sorgen hörten sich am Freitag die CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum und Roswitha Schier an. Sie verschafften sich bei einer Tour durch den Kreis Einblick in die Flüchtlingsunterkünfte in Jüterbog, Luckenwalde und Großbeeren. Christiane Witt, Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte des Landkreises, machte auf eine weitere Schwierigkeit aufmerksam: „Für den gesamten Landkreis gibt es keine psychologische Betreuung der Heimbewohner." Diese ist aber notwendig, da die Hilfesuchenden zumeist aus Ländern kommen, in denen Krieg herrscht. „80 Prozent der Flüchtlinge haben Traumata", sagt Witt.

Die Zeit für die sozialpädagogische Arbeit werde zudem durch die medizinische Betreuung verbraucht, gab der Sozialpädagoge Lähnemann weiter zu bedenken. Witt nannte Luckenwalde als Beispiel. Da es keine ausreichenden Kitaplätze für die Kinder der Heimbewohner gibt und somit eine pädagogische Betreuung nicht möglich sei, würden dort die Schulleiter die Flüchtlingskinder ablehnen. Nicht integrierbar, heiße es. Zudem wünscht sich die Heimleitung in Großbeeren weniger bürokratischen Aufwand. „Wir haben mehr Baustellen, als wir eigentlich haben müssten", meint Christiane Witt hierzu.

Roswitha Schier, Sprecherin ihrer Fraktion für Integration, sieht hier Handlungsbedarf. „Unser Gesetz ist nicht darauf abgestellt, schnell zu integrieren", beklagt sie. Das Landesaufnahmegesetz müsste verbessert werden. Danny Eichelbaum nahm die Vorschläge von Witt und der Heimleitung auf, etwa die Idee einen Beirat für die Heime in jeder Kommune zu gründen um die Hilfe mit an Ort und Stelle besser koordinieren zu können oder Behördengänge besser zu koordinieren. „Wir könnten eine Willkommensfibel entwerfen", sagt der Landtagsabgeordnete. Ab 2016 soll es zudem einen Flüchtlingsbeauftragten für Teltow-Fläming geben.

Neben dem Wunsch nach weniger Bürokratie macht aber auch die Umsetzung des neuen Asylbewerbergesetzes Bauchschmerzen. Unter anderem sollen Asylbewerber oder Geduldete bereits nach drei Monaten Arbeit aufnehmen können. „Ich habe ein Problem, die Leute in Arbeit zu kriegen", sagt Witt. Das betreffe besonders akademische Fachkräfte.

Zudem ist die rechtliche Situation der Geduldeten unklar. Witt kennt ein Fall aus Jüterbog, bei dem jemand bereits seit 17 Jahren unter Duldung dort lebe. Viele Geflüchteten würden geduldet,

so Witt. Die Duldung ist kein Aufenthaltstitel, die Betroffenen dürfen daher eigentlich nicht arbeiten. Sie wird ausgesprochen, wenn eine Ausreise ins Heimatland aus humanitären, oder gesundheitlichen Gründen unmöglich ist. *Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 01.02.2015*

Lange Partnerschaft zwischen der Fregatte und dem Land - Delegation der Fregatte "Brandenburg" besuchte auf Einladung des Landtagsabgeordneten Eichelbaum den Landkreis Teltow Fläming

Ludwigsfelde: Das sieht man nicht alle Tage in Teltow -Fläming, Marineoffiziere und Matrosen mit ihren schicken Uniformen zogen gespannte Blicke von Bürgern in Ludwigsfelde und Trebbin auf sich. Auf Einladung des CDU -Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum besuchte eine Delegation der Fregatte:Brandenburg unter Führung ihres Kommandanten, Fregattenkapitän Ivo Schneider, am Montag den Landkreis Teltow-Fläming. Auf dem Programm standen eine Führung durch das Stadt-und Technikmuseum Ludwigsfelde, eine Besichtigung der Firma: ppg wegeoflex in Trebbin und ein Abstecher zum Trebbiner Kinderheim. Seit über 20 Jahren besteht zwischen der Fregatte und dem Landtag Brandenburg eine intensive Patenschaft.

Gleichzeitig übernahm die Fregatte im Jahr 2000 die Patenschaft für das Kinderheim in Trebbin. Zum 20. Geburtstag des Schiffes im letzten Jahr nahm Danny Eichelbaum als Mitglied der Brandenburger Parlamentsdelegation an den Feierlichkeiten in Wilhelmshaven teil. " Seit diesem Zeitpunkt hat die Fregatte einen Fan mehr. Ich bin beeindruckt von dem, was Sie für unser Land leisten und habe höchsten Respekt vor Ihren Verdiensten. Sie verteidigen unsere Freiheit und unsere Sicherheit. Wir sind stolz darauf, dass die Fregatte den Namen unseres Bundeslandes trägt und damit als Botschafterin von Brandenburg auf den Weltmeeren unterwegs ist.", so Eichelbaum bei der Begrüßung der Gäste im Technikmuseum in Ludwigsfelde. Im Stadt -und Technikmuseum Ludwigsfelde lauschten die Marinesoldaten gespannt den Ausführungen von Museumsleiterin Ines Krause über die Industriegeschichte.



Der Wirtschaftsförderungsbeauftragte der Stadt Ludwigsfelde, Wilfried Tielicke, sowie die Stadtverordneten Detlef Helgert und Martino Persky informierten die Gäste über die aktuelle Entwicklung der Stadt Ludwigsfelde. Interessiert zeigte sich die Abordnung der Fregatte besonders von den technischen Exponaten, wie beispielsweise dem Berliner Roller, dem P 3 oder dem W 50, an dessen Lenkrad sich der Kommandant der Fregatte gleich selbst setzte. In Trebbin wurde die Mannschaft der Fregatte von Bürgermeister Thomas Berger und dem Chef des Unternehmens ppg wegeoflex, Peter Hake, begrüßt. Besonders vom sozialen Engagement der Firma waren die Soldaten sehr beeindruckt. Aus der für die Besichtigung vorgesehenen einen Stunde wurden dann auch gleich zwei, auch das war etwas aussergewöhnlich, denn sonst herrscht an Bord ein strenges Zeitreglement. Auf jeden Fall wollen die Besatzungsmitglieder wieder kommen, denn schließlich gibt es in Teltow Fläming noch mehr zu sehen.

Quelle: Blickpunkt, 24.01.2015

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

6,4 Millionen Euro Überschuss - Erster Kreishaushalt seit langem ohne neue Schulden

Luckenwalde - Lob von allen Seiten erhielt der neue Kreis-Kämmerer Johannes Ferdinand. Bei der Sitzung des Kreistags von Teltow-Fläming konnte erstmals seit langem wieder ein Haushalt verabschiedet werden, der keine neuen Schulden verursacht. Im Gegenteil, er schließt sogar mit einem Überschuss von 6 417 000 Euro ab, sofern sich Einnahmen und Ausgaben in diesem Jahr an den Haushaltsplan halten. Der Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses Dirk Hohlfeld (Linke) ließ sich die Zahl noch mal geradezu auf der Zunge zergehen.

Es handelte sich um eine Verdoppelung gegenüber der Einreichung des ersten Haushaltsplanentwurfs, sagte er und lobte: "Wahrlich nicht schlecht!" SPD-Fraktionschef Helmut Barthel attestierte der Verwaltung "ein ernsthaftes Bemühen, mit dem vorhandenen Geld effektiv umzugehen". Der Haushalt 2015 könne einen wichtigen Beitrag dazu leisten, das strukturelle Defizit des Kreises auf knapp 17 Millionen Euro zu senken. Dazu trügen aber auch die niedrige Arbeitslosigkeit, steigende Steuereinnahmen und die gute wirtschaftliche Entwicklung bei, sagte Barthel. "Der Kämmerer hat einen guten Job gemacht", sagte CDU-Fraktionsvorsitzender Danny Eichelbaum. Es sei richtig, dass der Investitionsschwerpunkt bei den Schulen liege.

Andererseits verwies Eichelbaum auf die "weiter schwierige Lage" des Kreishaushalts mit einem Finanzmittelfehlbedarf von 30 Millionen. So helfe der Bund bei den Kosten der Unterkunft und die Gemeinden zahlten bei gleichbleibendem Kreisumlagensatz von 47 Prozent 20 Millionen Euro mehr an den Kreis. "Wer von den Gemeinden und dem Bund so gefüttert wird, macht keine Diät", sagte Eichelbaum. Deshalb sei eine "tabulose Prüfung von Prestigeobjekten" wie dem Museumsdorf Glashütte, dem Biotechnologiepark, der Fläming-Skate und dem Flugplatz Schönhagen notwendig. Angesichts der wachsenden Flüchtlingszahlen forderte Eichelbaum ein Integrationskonzept zur besseren Betreuung der Asylbewerber. Hans-Stefan Edler (AfD/Plan B/BVBB-WG) erkannte ausdrücklich das Bemühen der Kreisverwaltung an, einen ordentlichen Haushalt aufzustellen.

Er geißelte aber die verfehlte Asyl- und Familienpolitik des Bundes, was nun zu Kostensteigerungen bei der Unterbringung von Flüchtlingen und Betreuung von Kindern führe. Er bezweifelte die Notwendigkeit der meisten freiwilligen Aufgaben. Noch nie sei ein Haushalt so offen und transparent vorbereitet worden, lobte Hans-Jürgen Akuloff, Vorsitzender der Linksfraktion. Diese erkenne nicht das Bemühen, sondern das Ergebnis an. Die von anderer Seite kritisierten Projekte betrachte man als wichtige Investitionen. Deshalb warnte er davor, sie gleich alle abzustoßen. Man verschließe sich aber nicht vor einer Überprüfung. Ralf von der Bank (BVB/Freie Wähler) sah weiteren Konsolidierungsbedarf in den folgenden Jahren und forderte Schulsozialarbeiter auch für die Gymnasien. Michael Baumecker (Bauernverband/FDP) würdigte die gegenüber 2013 um 13 Millionen Euro gesunkenen Ausgaben und forderte den Erhalt des Landwirtschaftsamtes. Von Hartmut F. Reck

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 25.02.2015

Interview: Einzigartige Möglichkeit

Danny Eichelbaum ist Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion Teltow-Fläming und Präsident des Ringerverbandes Brandenburg (RVB).

MAZ: Warum sollen gerade die Sportvereine finanziell unterstützt werden?

Eichelbaum: Weil der Sport für die Integration herausragende, ja einzigartige Möglichkeiten bietet. Wer neu in einen Ort zieht, findet nirgends schneller Kontakt als über einen Sportverein. Wer fremd in einem Land ist, lernt im sportlichen Miteinander am schnellsten die gesprochene Sprache und findet sich zurecht, das gilt vor allem für Kinder. Integration findet am besten auf dem Sportplatz, auf der Laufbahn oder in der Sporthalle statt. Diese integrative Kraft kann kein Asylgipfel und kein Plakat ersetzen.

Gibt es hierfür schon Beispiele im Landkreis?

Eichelbaum: Ja, selbstverständlich. Besonders erfolgreich ist in Luckenwalde das Kinderferienprojekt "Luckis Muckis" des 1. LSC. Einheimische Kinder und Flüchtlingskinder lernen hier jedes Jahr gemeinsam in einer Woche das Einmaleins des Ringens und unternehmen andere Freizeitaktivitäten. Sie erleben Fairness und Toleranz. Das ist gelebte Integration. Außerdem haben viele erfolgreiche Nachwuchsringer mit ausländischen Wurzeln hier in unserer Region eine neue Heimat gefunden.

Welche Erfolgsaussichten hat der Antrag heute im Kreistag?

Eichelbaum: Ich baue auf eine breite Mehrheit im Kreistag. Integration darf nicht nur ein Lippenbekenntnis sein. Integration muss vor Ort mit den Menschen stattfinden. Auch als Präsident eines Landessportverbandes appelliere ich an meine Kollegen in der Politik, mehr als bisher die Sportvereine bei der Integration von Flüchtlingen einzubeziehen.

Interview: Frank Neßler

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 23.02.2015



*Kreisbauerntag Teltow-Fläming
in Jüterbog OT Werder am
19.02.2015*

CDU fordert mehr Geld für Integration - Kreis soll 30 000 Euro für Sofortprogramm bereitstellen

Luckenwalde - Mit der Finanz- und der Flüchtlingspolitik im Kreis Teltow-Fläming haben sich CDU-Kreisvorstand und Kreistagsfraktion jüngst bei einer Klausurtagung befasst. Die Union sieht Sparbemühungen bei der Kreisverwaltung, stellt aber unverändert ein "Ausgabenproblem" fest. Die Einnahmen reichen nicht zur Aufgabenerfüllung, der Fehlbedarf betrage 33 Millionen Euro. Nur kurzfristige Effekte wie zinsgünstige Kredite, Entlastungen durch den Bund oder steigende Einnahmen aus der Kreisumlage schafften Entlastung.

Die CDU fordert daher "strikte Haushaltsdisziplin", so der Kreis- und Fraktionsvorsitzende Danny Eichelbaum. Außerdem hat die Partei ein Positionspapier zur Integration von Flüchtlingen erarbeitet. Unter anderem fordert sie ein Sofortprogramm für Integrationsmaßnahmen in Kommunen und Sportvereinen über 30 000 Euro, ein Integrationskonzept für den Kreis, Deutschkurse, Info-Material und psychologische Betreuung für Flüchtlinge, die Förderung zusätzlicher Kita-Plätze und die Übernahme von Gesundheitskosten durch das Land. Ziel der Integration sei gesellschaftliche Teilhabe, wichtig dafür sei vor allem die Beherrschung der deutschen Sprache und die Akzeptanz des Rechtssystems.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 15.02.2015

Ausschuss berät über artgerechte Tierhaltung

Luckenwalde - Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt des Kreistags Teltow-Fläming wird sich mit dem Thema artgerechte Tierhaltung in der Landwirtschaft beschäftigen. Dies kündigt der Ausschussvorsitzende Danny Eichelbaum (CDU) an. Er spricht sich im Konflikt zwischen dem Kreisbauernverband und der Bürgerinitiative Am Mellensee für einen Dialog der Beteiligten aus. Moderne Landwirtschaft und Tierschutz müssen sich nicht ausschließen, ist er überzeugt. Er habe sich bei Besuchen landwirtschaftlicher Betriebe im Kreis davon überzeugt, dass artgerechte Tierhaltung in den Landwirtschaftsunternehmen in Teltow-Fläming einen wichtigen Stellenwert einnehme. "Die moderne flächengebundene Nutztierhaltung muss immer mit Respekt gegenüber der Schöpfung art- und tierschutzgerecht erfolgen", sagt Eichelbaum.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 08.02.2015

Neujahrsbaden in Jüterbog am 04.01.2015



Viel Licht und ein wenig Schatten - CDU-Mitglieder machen sich im Übergangwohnheim ein Bild zum Thema Integration

Jüterbog. Um sich ein Bild von der Situation in den Flüchtlingsheimen sowie den Herausforderungen zu deren Unterbringung und Integration zu machen, besuchten die flüchtlingspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Roswita Schier, und die CDU Landtagsabgeordneten Sven Petke und Danny Eichelbaum sowie Karin Mayer, Fraktionsvorsitzende der CDU Jüterbog das Übergangwohnheim im Waldauer Weg. Erst im September 2014, nach umfangreicher Sanierung, als Übergangwohnheim etabliert, leben heute 123 Menschen aus neun Nationen im Haus.



Die unübersehbare Sauberkeit auf Fluren, den WC's, Gemeinschaftsräumen und der, wie auch die in den Zimmern und der großzügigen Küche anzutreffenden Funktionalität, kommentierte Roswita Schier nach einem Rundgang: „Ein tolles Haus haben Sie hier!“ Neben den zumeist männlichen Bewohnern leben im Heim auch sieben Kinder, und, wie Heimleiterin Christine Geister betonte, gibt es ein aktives Nationalitätennetzwerk, das weit über Jüterbogs Grenzen hinausreicht. Zwei der jungen Bewohner spielen im lokalen Fußballverein. Jüterboger bedachten das Heim mit Fahrrädern und um in der gegenseitigen

Annäherung weiter zu kommen, ist für dieses Jahr ein Kegelabend, wie auch ein Sommerfest geplant.

Doch bei all diesen offenbar guten Rahmenbedingungen, gibt es wie andernorts auch, Hürden. Einige davon hausgemacht und andere einfach damit zusammenhängend, dass in Flüchtlingsheimen viele Menschen mit unterschiedlichsten Relegionen und Vergangenheiten zusammenleben. „Bei Sprachproblemen hilft uns mehr oder weniger erfolgreich der Google-Übersetzer“, meint Sozialarbeiter Axel Wolf, der weiter betont: „Problematisch ist, dass wir praktisch keinerlei Informationen über die Menschen bekommen, die hier untergebracht werden. Nichts über ihren Weg nach Deutschland, nichts über ihre Geschichte oder eventuell durchlebte Krankheiten und nicht einmal Informationen zu den Berufen unserer Bewohner.“

Wenngleich Internetnutzung über WLAN möglich ist, steht den Bewohnern Fernsehen bislang nur auf einer Seite des Hauses zur Verfügung. Einer Arbeit geht nur ein geringer Teil der Bewohner nach. Mehr Engagement, so betonte Wolf, wünsche er sich seitens der Bewohner im Thema Erlernen der deutschen Sprache. „Wöchentlich kommt ein Dozent zu uns ins Haus, gibt Deutschkurse, doch dass dies wichtig für ihre Integration ist, ist offenbar noch nicht bei allen angekommen“, so Wolf.

Obleich er mit einer Glocke in der Hand zum Deutschkurs für Erwachsene ruft, nehmen derzeit nur 14 der 116 Erwachsenen teil. Wie Axel Wolf, so wünsch sich auch die Heimleiterin einen runden Tisch auf Kreisebene, wo Erfahrungen untereinander ausgetauscht und künftige Strategien der Flüchtlingsbetreuung aufeinander abgestimmt werden können. Denn Integration, da sind sich beide sicher, wird erfolgreicher sein, wenn Aktionen von Land, Kommunen, Kirche und anderen Hilfsorganisationen nicht aneinander vorbei oder parallel laufen.

„Ich glaube auch, dass es für das allgemeine Verständnis und die Art des Umgangs zwischen Deutschen und den Flüchtlingen von großer Bedeutung ist, dass neben echter Aufklärungsarbeit

und ein bisschen mehr Toleranz von beiden Seiten, von Vorteil sind. Auch, dass die Menschen sich gegenseitig als gleichwertig begreifen. Und sollte ein Ausländer kriminell werden, dann muss er eben auch wie ein Deutscher bestraft werden", so Christine Geister, die nach über 20 Jahren als Leiterin in einem Obdachlosenheim bei Dresden, die wohl meisten Facetten menschlichen Miteinanders kennengelernt hat. *Quelle: Blickpunkt, 07.02.2015*

Neujahrsempfang in Thyrow - Über 200 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Sport

Thyrow. Beim Neujahrsempfang der Kreis-CDU in Thyrow wurden die über 200 Gäste mit einer besonderen Aktion begrüßt. Unter großen Applaus kam Kreischef Danny Eichelbaum mit einem Elektrofahrzeug auf die Bühne gefahren. Er setzte damit ein Zeichen der Unterstützung für die Bemühungen des Bürgermeisters von Trebbin, Thomas Berger, für mehr Klimaschutz und Energieeinsparung. In seiner Neujahrsansprache betonte Eichelbaum dann auch, dass es nicht die Grünen, sondern auch seine Partei im Landkreis ist, die sich auch aus Umweltschutzgründen gegen den Bau von Windkraftanlagen in den Wäldern und für eine Vergrößerung des Abstandes von Windkraftanlagen zu Häusern und Wohnsiedlungen einsetzt.



Auch diese klare Haltung führte dazu, dass die CDU in Teltow-Fläming bei den Kommunal-, den-Europa- und Landtagswahlen ihre Wahlergebnisse deutlich verbessern konnte. In Anwesenheit von Landrätin Kornelia Wehlan betonte Eichelbaum, dass Teltow-Fläming auch durch die wirtschaftsfreundliche Politik der Bundesregierung wieder zum Wirtschaftswunderkreis geworden ist. „Dies zeigt, dass Teltow-Fläming mit Global-Playern, starken mittelständischen Unternehmern und fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gut aufgestellt ist. Und deshalb gibt es für uns auch keinen Grund für eine

Kreisgebietsreform. Wir sind eigenständig, wir wollen eigenständig bleiben und dafür werden wir auch gemeinsam kämpfen.“, so Eichelbaum. Auch in diesem Jahr konnte die CDU auf ihrem Neujahrsempfang wieder viele Gäste aus Sport, Wirtschaft, Politik und Vereinen begrüßen. Zu den Ehrengästen gehörten u.a. die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium, Katherina Reiche, die eine bessere Förderung für Elektrofahrzeuge ankündigte, der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Ingo Senftleben, der die Bildungspolitik in Brandenburg kritisierte und Maßnahmen gegen Unterrichtsausfall einforderte, die Bundestagsabgeordnete Jana Schimke, der Landtagsabgeordnete Steeven Bretz, die Bürgermeister von Trebbin und Am Mellensee, Thomas Berger und Frank Broshog, der Vorsitzende der Kreistagsfraktion der Linken, Hans-Jürgen Akuloff, der Verbandsvorsteher des WARL, Hans Reiner Aethner und der Kapitän der Ringer-Bundesligamannschaft des 1. LSC, Felix Menzel.

Und auch berühmte Persönlichkeiten der Stadt und des Landes durften nicht fehlen. Unters Volk mischten sich der Preußenkönig Friedrich II (der „Alte Fritz“), alias Hermann Lamprecht der an diesem Tag genau seinen 3030. Geburtstag feierte und Trebbins Wahrzeichen, Hans Clauert, alias Uwe Schulze. Bei leckeren Speisen und Getränken aus der Region, Live-Musik und guten Gesprächen startete die CDU Teltow-Fläming in das neue Jahr. *Quelle: Blickpunkt, 28.01.2015*

CDU fordert „Aufstand der Demokraten“ - Luckenwalde: Kritik am Anti-Flüchtlings-Protest

Die angekündigte Mahnwache gegen die Aufnahme von weiteren Flüchtlingen in Luckenwalde stößt auf Kritik. In einer Stellungnahme kritisierte CDU-Kreisvorsitzender Danny Eichelbaum das Vorhaben, über das die MAZ berichtet hat. Auch Teltow-Flämings Landrätin Kornelia Wehlan verurteilt die Mahnwache Luckenwalde. „Teltow Fläming ist ein liberaler, toleranter und weltoffener Landkreis und das soll auch so bleiben! Wir wehren uns gegen pauschale Vorurteile gegen Flüchtlinge“, so Eichelbaum, der einen „Aufstand der Demokraten gegen die geplante Kundgebung von rechten Gruppierungen vor dem Flüchtlingsheim“ fordert. „Verantwortliche Politik nimmt Sorgen und Ängste aus der Bevölkerung ernst und entwickelt Lösungen“, erklärte der Landtagsabgeordnete. Im ehemaligen Oberstufenzentrum im Schieferling in Luckenwalde werden Flüchtlinge untergebracht.

Landrätin will der Mahnwache entgentreten

Landrätin Kornelia Wehlan (Linke) kündigte im Kreisausschuss am Montagabend eine Reaktion auf die Mahnwache an. „Wenn es nächste Woche zu Aktivitäten von Rechtsextremen kommt, hielte ich es für gut, wenn wir als Kreistag da hingehen und dem entgentreten“, forderte sie die Abgeordneten auf.

Der Vorsitzende des Kreisverbandes der Linken, Felix Thier, ging aus Anlass des Holocaust-Gedenkens seiner Partei auf die Ressentiments gegenüber Flüchtlingen ein. „Wir erleben gegenwärtig, wie mit platten Parolen, vermeintlich einfachen Antworten und Sozialdemagogie Stimmung gemacht wird gegen Religionen, andere Kulturen und Migranten“, sagte er, „wir sagen laut und deutlich: ‚Nein, wir wollen eine bunte Gesellschaft!‘.“ Thier forderte „eine bessere finanzielle Ausstattung von Projekten gegen Rechtsextremismus“ sowie „ein Ende der Kriminalisierung von Anti-Naziprotesten“.

Politiker besuchen Unterkünfte

Die SPD hatte sich am Wochenende bei ihrem Unterbezirks-Parteitag zur Asylpolitik positioniert. Sie fordert ein Gesamtkonzept von Kreis und Kommunen, um Flüchtlinge unterzubringen und in ihr Umfeld zu integrieren. Um sich selbst ein Bild von der Lage der Flüchtlinge zu machen, bereisen CDU-Landtagsabgeordnete am Freitag den Kreis. Roswitha Schier, Sven Petke und Danny Eichelbaum werden die Übergangswohnheime in Jüterbog, Luckenwalde, Ludwigsfelde und Großbeeren besuchen. Begleitet werden sie von der Integrationsbeauftragten der Landkreisverwaltung, Christiane Witt.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 28.01.2015

*Demonstration für Toleranz, Weltoffenheit und
Mitemenschlichkeit in Luckenwalde am
04.02.2015*



Teltow Fläming wieder Nummer 1 im Osten - Eine erfreuliche Nachricht für den Landkreis

Zu den Ergebnissen für den Landkreis Teltow Fläming beim Landkreis-Ranking des Magazins Focus Money erklärt der Vorsitzende des CDU-Kreisverbandes Teltow Fläming und Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum: „Wer hätte das gedacht, trotz der schwierigen Haushaltslage des Landkreises ist Teltow-Fläming erstmalig nach 2006 beim aktuellen Landkreisranking des Magazins Focus Money wieder Nummer 1 in den neuen Bundesländern und Nummer 1 in Brandenburg. Bundesweit erreicht unser Landkreis Platz 122. Von Focus Money wurden 402 Landkreise und kreisfreie Städte begutachtet. Der FOCUS-MONEY-Landkreis-Test misst die Wirtschaftskraft der Regionen und Gemeinden anhand von sieben Faktoren.

Das sind: Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt, bezogen auf alle Erwerbspersonen, Wachstum des Bruttoinlandsprodukts zum Vorjahr, Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen, verfügbares Einkommen privater Haushalte je Einwohner, Veränderung der Erwerbstätigenzahl zum Vorjahr, Investitionen im verarbeitenden Gewerbe je Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe, Veränderung der Bevölkerungszahl zum Vorjahr. „Wir haben wieder einmal bewiesen, dass die Wirtschaft im Landkreis sehr krisenfest ist. Auf unsere Mischung aus Global Playern, starken mittelständischen Unternehmen und fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern können wir alle stolz sein.

Diese Platzierung ist ein Grund zur Freude. Unsere stabile Arbeitsmarktsituation und die hohe Lebensqualität im Landkreis zeigen uns, dass es sich in Teltow Fläming gut leben lässt und die Wirtschaft brummt. Aber wir dürfen uns jetzt nicht auf den Lorbeeren ausruhen, sondern das Ergebnis als Ansporn sehen. Nur wenn wir wieder im Landkreis finanzielle Spielräume schaffen, um Investitionen in Bildung und Infrastruktur zu ermöglichen, werden wir auch in den nächsten Jahren ein guter Wirtschaftsstandort bleiben, so Danny Eichelbaum. *Quelle: Blickpunkt, 06.01.2015*

CDU will Eigenständigkeit des Landwirtschaftsamtes im Landkreis erhalten

Hierzu erklärt der Vorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion Teltow Fläming, Danny Eichelbaum:

"Nach dem Personalentwicklungskonzept der Kreisverwaltung soll bis Ende 2017 die Bildung eines gemeinsamen Amtes für Wirtschaft, Kreisentwicklung und Landwirtschaft geprüft werden. Die CDU-Fraktion hat hiergegen schwere Bedenken. Wir appellieren an die Landrätin, das Landwirtschaftsamt auch in Zukunft eigenständig zu erhalten.

Hierfür gibt es gewichtige Gründe. Auf allen politischen Ebenen werden die landwirtschaftlichen Belange in einem eigenen Ressort gebündelt. Auch die neue Brandenburger Landesregierung hat die Zusammenlegung des Landwirtschafts- und des Infrastrukturministeriums rückgängig gemacht. Jetzt sollte nicht der Fehler in Teltow Fläming wiederholt und das Landwirtschaftsamt mit anderen Ämtern zusammengeschlossen werden.

Die Landwirtschaft ist im Süden des Landkreises strukturbildend und hat eine wichtige Schlüsselstellung. Hier sind die landwirtschaftlichen Betriebe der größte Arbeitgeber. Landwirtschaft ist mehr als Wirtschaft, hier geht es u.a. um Verbraucherschutz, die Bodennutzung, den Umweltschutz, die Tierhaltung, den Erhalt der Kulturlandschaft, nachwachsende Rohstoffe und die ländliche Entwicklung. Die Attraktivität und Lebensqualität im ländlichen Raum steht und fällt mit der Standortsicherung der Landwirtschaft. Das sollte auch bei der zukünftigen Verwaltungsstruktur der Kreisverwaltung berücksichtigt werden."

Quelle: Pressemitteilung, 29.12.2014

Aktuelle Themen aus dem Landtag

Häftlinge horten illegal Handys - Bei Zellendurchsuchungen in Gefängnissen des Landes 109 Geräte entdeckt

Potsdam. In Brandenburgs Gefängnissen wird offenbar viel telefoniert: Bei Zellendurchsuchungen fanden Justizvollzugsbeamte im Jahr 2014 insgesamt 109 Mobiltelefone, 27 mehr als im Vorjahr. Das geht aus einer Antwort des Potsdamer Justizministeriums auf eine Kleine Anfrage des CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum hervor, die der RUNDSCHAU vorliegt. Im geschlossenen Vollzug ist die Handynutzung nach Angaben des Ministeriums strikt verboten, im offenen Vollzug dürfen Mobiltelefone bei Ausgängen, Hafturlauben oder beim Freigang genutzt werden.

Teilweise dürften die Geräte im offenen Vollzug auch im Gefängnis genutzt werden. Wie das Ministerium mitteilte, würden in allen JVA mittlerweile "Handyfinder" eingesetzt, um illegal telefonierende Gefangene aufzuspüren. Zudem werde in einem Brandenburger Gefängnis derzeit ein Störsender erprobt, der den Strafgefangenen das illegale Telefonieren unmöglich machen soll. Keine Auskunft konnte die Landesregierung dagegen auf die Frage geben, ob mit den aufgefundenen Handys Straftaten vorbereitet, verabredet oder begangen wurden. Derzeit seien zwei Fälle bekannt, in denen gegen Strafgefangene Anzeige erstattet wurde, weil sie auf illegal ins Gefängnis gebrachten Mobiltelefonen kinderpornographisches Material besessen hätten.

Der CDU-Landtagsabgeordnete Eichelbaum nannte es "nicht hinnehmbar, dass Gefangene in den Brandenburger Justizvollzugsanstalten mit eingeschleusten Mobiltelefonen, ihre kriminelle Machenschaften fortführen". Deswegen müsse der Einsatz von "Handyblockern" in den JVA stärker als bisher geprüft werden. "Außerdem ist zu gewährleisten, dass in Verdachtsfällen Haftraum und Besucherkontrollen in allen Haftanstalten stattfinden können", so Eichelbaum.

Quelle: Lausitzer Rundschau, 09.03.2015



*Gespräch mit der
Opfervereinigung
Weißer Ring e.V. im
Landtag Brandenburg
am 09.03.2015*

Asylverfahren belasten Brandenburgs Justiz - Präsident des Obergerverwaltungsgerichts in Sorge. CDU fordert mehr Richterstellen. Justizminister Markov (Linke) lehnt ab.

Potsdam - Die Zunahme an Flüchtlingen wird auch zur Belastungsprobe für Brandenburgs Gerichte. Die Zahl der Asylrechtsverfahren ist im vergangenen Jahr sprunghaft angestiegen - um 140 Prozent auf 2859 neue Fälle. Joachim Buchheister, Präsident des Obergerverwaltungsgerichts (OVG) Berlin-Brandenburg, zeigt sich besorgt. Es werde für die Richter immer schwieriger, in angemessener Zeit zu entscheiden, sagte er gestern in Berlin. "Asylsuchende und Flüchtlinge haben Anspruch auf einen effektiven Rechtsschutz", betonte er. Ein Verfahren könne, wenn es durch zwei Instanzen gehe, bis zu 20 Monate in Anspruch nehmen.

Trotz der Verfahrenslawine jedoch gelang es den märkischen Gerichten, die durchschnittliche Verfahrensdauer in den vergangenen Jahren zu verkürzen: Sie lag 2013 bei 10,3 Monaten, 2010 waren es noch 18,6 Monate. Asylbewerber kämpfen in vielen Fällen vergeblich gegen ihre Abschiebung. Die Erfolgsquote aus Sicht der Flüchtlinge liegt laut OVG-Präsident Buchheister bei deutlich unter zehn Prozent. Nur wenige der Fälle, die in Potsdam oder am Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder) verhandelt werden, landen später in zweiter Instanz beim OVG. Aber auch dort häufen sich die Eingänge: 54 Fälle waren es 2014, 2013 waren es 35. CDU-Rechtsexperte Danny Eichelbaum forderte mehr Richterstellen: "Auf diese Entwicklung muss Justizminister Markov reagieren und die vorgesehenen Personalkürzungen in der Verwaltungsgerichtsbarkeit, von 134 auf 120 Stellen, zurücknehmen", sagte er. Eichelbaum regte außerdem die Einrichtung weiterer Asylkammern in den Gerichten an.

Justizminister Helmuth Markov (Linke) verwies dagegen darauf, dass die Zunahme an Asylverfahren durch einen deutlichen Rückgang bei anderen Streitfällen "zumindest teilweise" kompensiert würde. Das gilt auch für das OVG: Dort ging die Zahl der Neuverfahren im vergangenen Jahr insgesamt um 24 Prozent auf 2823 Fälle zurück. Auch ältere Fälle konnten dort vermehrt abgearbeitet werden. Derzeit gebe es rund 2000 noch nicht entschiedene Fälle, sagte OVG-Präsident Joachim Buchheister. Da viele Streitigkeiten immer komplexer würden und oft externe Sachverständige gebraucht würden, dauerten die Entscheidungen länger. "Es ist unbefriedigend, wenn ein Bürger länger als ein Jahr auf eine Entscheidung warten muss", sagte er.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 08.03.2015



Politischer Aschermittwoch der CDU Brandenburg am 18.02.2015 in Doberlug-Kirchhain

Geteiltes Bremer Echo auf Bayerns Gesetzentwurf - Härtere Strafen für Einbrecher

Bayern stellt am Freitag im Bundesrat einen Gesetzentwurf vor, wonach Einbrecher künftig härter bestraft werden sollen. Wohnungseinbruchdiebstähle könnten so wirksamer bekämpft werden, heißt es in der Vorlage. Zu diesem Zweck sieht die bayerische Initiative vor, Wohnungseinbrüche vor Gericht in Zukunft nicht mehr als minder schwere Fälle einstufen zu können. Gegenwärtig bestehe die Gefahr, dass der Strafraum für Einbrüche nach unten aufgeweicht werde, heißt es in dem Entwurf. Darüber hinaus solle es der Polizei mit dem Gesetz ermöglicht werden, Einbrecher mittels Telekommunikations-Überwachung zu verfolgen und auf diese Weise die Möglichkeiten bei der Strafverfolgung sinnvoll zu erweitern.

Vera Bubendey-Welker, bei der Bremer Landesvertretung in Berlin zuständig für Justiz und Inneres, hat in der Sache „noch kein abgeschlossenes Votum“. Wie sich die einzelnen Bundesländer entscheiden, wird sich voraussichtlich erst in den kommenden Wochen zeigen. Elisabeth Motschmann kann die Forderung nach einer härteren Strafverfolgung von Einbrechern nachvollziehen. „Das wäre ein Schritt in die richtige Richtung“, findet die Bundestagsabgeordnete und CDU-Spitzenkandidatin für die anstehende Bremer Bürgerschaftswahl. Motschmann wurde vor drei Jahren selbst Opfer eines Einbruchs. Die Diebe stahlen damals Geld und Schmuck. Ein Problem sei auch, dass schon das gegenwärtig bestehende Strafmaß vor Gericht viel zu selten ausgeschöpft werde, betont sie.

Derzeit können Einbruch- und Bandendiebstahl mit Freiheitsstrafen zwischen sechs Monaten und zehn Jahren geahndet werden. Angesichts der hohen Einbruchzahlen und der geringen Aufklärungsquote hätte Bremen nach Motschmanns Ansicht allen Grund dazu, die Sicherheitslage der Menschen mit einem konsequenteren Vorgehen gegen die Täter zu verbessern. Schließlich seien neben dem materiellen Verlust auch die psychologischen Folgen für die Betroffenen erheblich. „So etwas vergisst man nicht so schnell“, erklärt die Politikerin.

Unterstützung bekommen die Bayern auch von Motschmanns Parteikollegen im Brandenburger Landtag. „Die Sprecher der CDU-Fraktion für Innen- und Rechtspolitik, Björn Lakenmacher und Danny Eichelbaum befürworten diese Initiative“, schreibt die Fraktion in einer Pressemitteilung auf ihrer Webseite.

Anne Zimmermann, Sprecherin des SPD-geführten Bundesjustizministeriums, sieht dagegen keinen akuten Handlungsbedarf. Es seien von Seiten der Behörde „keine gesetzlichen Änderungen geplant“, teilt sie auf Anfrage des WESER-KURIER mit. Bundesweit zählt die aktuelle polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2013 insgesamt 149 500 Wohnungseinbruchdiebstähle. In Bremen registrierte die Polizei 2577 Fälle. Lediglich 174 davon konnten aufgeklärt werden.

Um diese schlechte Quote zu verbessern, ist die Gesetzesinitiative nach Auffassung von Jochen Kopelke allerdings nicht geeignet. „Wir brauchen in dieser Sache keinen härteren Strafraum“, sagt der Pressesprecher der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Bremen. Viel wichtiger sei es, die Strafverfolgung von Einbrechern effektiver zu gestalten. Zu diesem Zweck müssten zum Beispiel mehr Sonderermittlungsgruppen geschaffen werden. Für Maßnahmen dieser Art fehle es der Bremer Polizei derzeit allerdings an entsprechender technischer Ausstattung, Geld und Personal.

Quelle: Weser-Kurier, 06.03.2015

Unterbringung und Integration von Flüchtlingen - Öffentliches Bürgergespräch mit Bundes-Landes-und Kommunalpolitikern

Ludwigsfelde. Seit dem letzten Jahr vergeht kaum eine Woche, wo das Thema: Flüchtlingsunterbringung und Integration von Flüchtlingen nicht im Focus der Öffentlichkeit steht. In der Bevölkerung besteht ein großes Informationsbedürfnis, welches den CDU-Kreisverband bewog, in Ludwigsfelde die Bürger zu einem öffentlichen Bürgergespräch zu diesem Thema einzuladen. Als Gesprächsgäste standen mit dem innenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Stephan Mayer MdB, der flüchtlingspolitischen Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Roswitha Schier MdL, dem hiesigen Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum und der 1. Beigeordneten des Landkreises Teltow-Fläming, Kirsten Gurske gleich mehrere hochkarätige Gesprächspartner zur Verfügung.

Die Sozialbeigeordnete Kirsten Gurske berichtete, dass Teltow Fläming bereits im letzten Jahr 480 Flüchtlinge aufnahm und der Zustrom an Flüchtlingen länger anhalten wird. So werden in diesem Jahr noch einmal über 500 Flüchtlinge nach Teltow-Fläming kommen. Dies stellt den Landkreis und die Kommunen vor enorme Herausforderungen. Im Februar hatte sich bereits der Kreistag mit diesem Thema beschäftigt und auf Antrag der CDU-Fraktion die Kreisverwaltung aufgefordert, ein Integrationskonzept zu erarbeiten und besonders auch die Kommunen und die Sportvereine finanziell zu unterstützen.



Der Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum berichtete davon, dass es in der Bevölkerung sowohl Ängste und Befürchtungen gebe, die ernst genommen werden müssen, gleichzeitig aber auch eine große Hilfsbereitschaft besteht, den Flüchtlingen vor Ort zu helfen. Er forderte schnellere Asylverfahren und eine angemessene Kostenausstattung der Kommunen.



"Für ein funktionierendes Asylsystem ist eine zügige Bearbeitung der Anträge von großer Bedeutung. Zum Einen, um Menschen, die zu Recht Anspruch auf Asyl erheben, schnellstmöglich die rechtsgültige Sicherheit einer Zuflucht gewähren zu können, zum Anderen, um Menschen, die nach unseren Gesetzen keinen Anspruch auf Asyl haben, keine falschen Hoffnungen zu machen. Auch die Solidarität in der Bevölkerung bleibt vor

allem dann erhalten, wenn von Behörden und Gerichten schnell entschieden wird, ob tatsächlich ein Aufenthaltsrecht und insbesondere ein politisches Asylrecht besteht.", so Eichelbaum.

Auch die CDU-Landtagsabgeordnete Roswitha Schier stellte fest, dass die zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen, um die Aufgaben der Flüchtlingsunterbringung und Integration erfolgreich zu bewältigen. So fehlen zum Beispiel finanzielle Mittel für die pädagogische und auch psychologische Betreuung von Flüchtlingskindern in Schulen und Kitas und gleichzeitig sind die Kommunen mit den Gesundheitskosten der Flüchtlinge überlastet. Der

CSU-Bundestagsabgeordnete Stephan Mayer betonte, dass der Bund den Kommunen bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen und Asylbewerbern erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung stellt. Neben der mietzinsfreien Bereitstellung von Bundesliegenschaften unterstützt der Bund die Länder und Kommunen mit einem Betrag von insgesamt einer Milliarde Euro – davon in diesem Jahr 500 Millionen. "Wenn von den vereinbarten Mitteln ein nicht unerheblicher Teil in den Landeshaushalten versickert, statt an die betroffenen Kommunen weitergeleitet zu werden, wie in Brandenburg praktiziert, ist das ein fatales Signal.

Die bundesseitige Übernahme der gesamten Kosten für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen und Asylbewerbern löst nicht das eigentliche Problem. Bund und Länder haben sich darauf verständigt, dass der Bund für die Asylverfahren zuständig ist und die Länder für die Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber. Der Bund wird seiner Aufgabe gerecht und schafft die Grundlage dafür, die Verfahrenszeiten zu verkürzen, um die Belastung der Länder zu verringern. Einige Länder aber kommen ihren Verpflichtungen nicht nach. Einige Flächenländer verschieben ihre Verantwortung und Kostenträgerschaft auf ihre Kommunen und sorgen für keinen angemessenen Kostenausgleich.

Das führt zu steigenden Belastungen bei den Kommunen. Gleichzeitig sind viele Länder sehr zurückhaltend bei der Rückführung abgelehnter Asylbewerber. Das verstärkt nochmals den Kostendruck auf die Kommunen. ", so Stephan Mayer. Einig waren sich sowohl die Podiumsgäste, als auch die Besucher der Veranstaltung, dass das Thema auch in diesem Jahr dem Landkreis Teltow-Fläming und den Kommunen erhalten bleibt und noch viele dicke Bretter zu bohren sind.

Quelle: Blickpunkt, 05.03.2014



12.2.2015 Gespräch mit dem Landesvorsitzenden des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Rainer Krone in Potsdam

27.1.2015 Besuch des Gewerbevereins Ludwigsfelde im Landtag



Gewaltopfer vermissen Hilfe

Potsdam (MOZ) Mit einem neuen Gesetz will der Bund die Opferrechte stärken. Die Betroffenen sollen unter anderem während der Prozesse psychologisch begleitet werden. Derzeit gibt es in Brandenburg aus der Sicht von Hilfeeinrichtungen noch große Defizite.

Es gibt positive und negative Geschichten, die Veronika von Eichborn erzählen kann. So war eine junge Afrikanerin in Luckenwalde auf einem Bahnhof von Rechtsextremen geschlagen worden. Eine Polizistin habe sich fürsorglich um die Frau gekümmert, sei mit ihr zum Arzt gefahren, anschließend zur Unterkunft. "Sie gab ihr zu verstehen: Du bist in Sicherheit", sagt die Mitarbeiterin des Vereins Opferperspektive.

In einem anderen Fall hatten maskierte Neonazis im vergangenen August einen Mann in Spremberg überfallen. Die Täter trugen T-Shirts der rechtsextremen Band "Frontalkraft". Von einer Anzeige rieten die Polizeibeamten ab, da die Erfolgsaussichten gering seien. "Das ist ein Beispiel, wo einiges falsch gelaufen ist", sagt von Eichborn. Rückendeckung vonseiten der Kommune hatte das Opfer ebenfalls nicht erfahren.

Die Beraterin und ihre Kollegen kümmern sich um Menschen, die rechtsextremen oder rassistischen Angriffen ausgesetzt waren - 110 Opfer wurden von ihnen im vergangenen Jahr betreut. Viele begleiten sie auch zu Prozessen. Allein die Aufarbeitung der Tat vor Gericht werde zum Kraftakt, erzählt sie. "Sie müssen psychisch stabilisiert werden, sonst ist eine Zeugenaussage gar nicht zu bewältigen."

Doch nach wie vor gibt es aus Sicht des Vereins große Defizite beim Opferschutz: So wird in Akten die Anschrift des Geschädigten nicht geschwärzt, was dazu führen kann, dass Täter vor der Wohnungstür stehen. Zudem erhalten Opfer in vielen Fällen keine Bestätigung ihrer Anzeige. Darüber hinaus fehlen in Brandenburger Gerichten Zeugenzimmer, in denen die Opfer bis zu ihrer Aussage abgeschirmt werden. "Dadurch kommt es immer wieder zu Einschüchterungen auf dem Gerichtsflur."

Nach einem Gesetzentwurf des Bundes sollen jedoch bestehende Lücken beim Opferschutz beseitigt werden. So ist eine kostenlose psychosoziale Beratung für Betroffene geplant, ebenso sollen ihre Informationsrechte gestärkt werden. Hintergrund ist eine EU-Richtlinie, die bis November umgesetzt werden muss. Im Brandenburger Justizministerium heißt es jedoch, dass man erst abwarten, bis Bundestag und Bundesrat das neue Gesetz beschließen. Erst dann würden entsprechende Strukturen geschaffen, finanzielle Mittel seien bereits eingeplant. "Wir sind beim Opferschutz aber schon seit Jahren gut aufgestellt", meint ein Ministeriumssprecher.

Dies bewerten Opferhilfe-Einrichtungen jedoch anders. "Es gibt allein riesige Versorgungslücken bei einer Therapie für Menschen, die durch eine Straftat traumatisiert wurden", sagt Rosemarie Priet, Leiterin der Opferhilfe Brandenburg. Eine vom Träger betriebene Traumaambulanz existiert bislang nur als Modellprojekt in Potsdam. Nach Auffassung der Landesregierung sind zusätzliche Angebote jedoch nicht notwendig, berichtet sie. Betroffene sollen sich demnach an psychiatrische Kliniken wenden.

Priet kritisiert, man müsse seit Jahren für die Finanzierung der Beratungsstellen im Land kämpfen, die unter anderem mit Lottomitteln unterstützt werden. Auch nach Einführung der neuen Opferschutzrichtlinie wird es ihrer Ansicht nach kein flächendeckendes Angebot einer psychosozialen Beratung geben. "Es findet noch nicht einmal in sämtlichen Polizeidienststellen eine Beratung der Opfer statt. Die wissen gar nicht, wohin sie sich mit ihren Problemen wenden sollen." 520 Kriminalitätsoffer suchten 2013 die Berater der Opferhilfe auf - die Zahl der Betroffenen steigt seit Jahren. Auch der CDU-Justizexperte Danny Eichelbaum fordert die

Landesregierung auf, die Defizite zu beheben. "Opferschutz muss in Brandenburg auf eine stabile finanzielle Grundlage gestellt werden", so der Landtagsabgeordnete. Es sei fatal, dass viele Geschädigte keine emotionale Unterstützung in den Strafverfahren erhalten.

Bei rechtsextremen Gewalttaten sei auch eine Unterstützung durch Kommunalpolitiker oder Nachbarn wichtig, sagt Veronika von Eichborn. "Es ist wichtig, wenn Unterstützer mit zum Prozess kommen. Leider vermissen wir immer noch häufig diese Solidarität mit Opfern."

Quelle: Märkische Oderzeitung, 03.03.2015

Fraktion unterwegs: Europaausschuss reist nach Brüssel

Auf Einladung der Europäischen Kommission sind unsere Abgeordneten Barbara Richstein und Danny Eichelbaum derzeit in Brüssel. Im Rahmen der Reise des Landtagsausschusses für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz informiert sich die insgesamt elfköpfige offizielle Delegation unmittelbar über aktuelle und Brandenburg betreffende Gegenstände der Europapolitik.

Auf der Agenda stehen u. a. Informationsgespräche zu den Vorhabenschwerpunkten der Europäischen Kommission, zur EU-Strukturfondsperiode 2014-2020, zum Europäischen Investitionsprogramm und zum EU-Beihilfeverfahren für den künftigen Hauptstadtflughafen BER. Darüber hinaus finden Termine mit dem EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Günther Oettinger, und dem Ständigen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union, Botschafter Reinhard Silberberg, statt.



Quelle: Pressemitteilung, 27.02.2015



*28.2.2015 Beim Ständigen
Vertreter der
Bundesrepublik
Deutschland bei der EU S.E.
Reinhard Silberberg in
Brüssel*

Wenn der Staat mithört

Potsdam. In Brandenburg hat es 2014 insgesamt 236 Ermittlungsverfahren gegeben, in denen Staatsanwaltschaften die Telefone oder Internetverbindungen von Verdächtigen überwacht haben. Das geht aus einer Antwort des Potsdamer Innenministeriums auf eine "Kleine Anfrage" der CDU-Landtagsabgeordneten Steeven Bretz, Danny Eichelbaum und Björn Lakenmacher hervor, die dieser Zeitung vorab vorliegt. Im Jahr 2013 waren es demnach 354 Verfahren, 2012 insgesamt 210 und 2011 zusammen 214 Verfahren. Insgesamt kam es dadurch allein im vergangenen Jahr zu mehr als 500 einzelnen Überwachungsmaßnahmen.

Die meisten Überwachungen - insgesamt 77 - gab es auf Antrag der der Staatsanwaltschaft Cottbus, Hauptgrund waren Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz. Allein im Bereich der Staatsanwaltschaft Potsdam kam es zu mehr als 200 Überwachungen wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung. "Wir müssen aufpassen, dass die Telekommunikationsüberwachungen in Brandenburg nicht ausufern", sagte Eichelbaum. Zwar seien die Überwachungen in Ermittlungsverfahren bei schweren Straftaten mit richterlichen Genehmigungen zulässig. Sie müssten aber immer Ausnahmen bleiben. *Quelle: Der Prignitzer, 18.02.2015*

Interview: "Kein Kuschelvollzug"

Danny Eichelbaum (CDU) ist Landtagsmitglied, Vorsitzender des Rechtsausschusses und seit 2011 Vorsitzender des Landesarbeitskreises Christlich Demokratischer Juristen (LADCJ).

MAZ: Wer gründete den LADCJ und welche Ziele verfolgt er?

Danny Eichelbaum: Unserem Arbeitskreis gehören etwa 100 Brandenburger Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte und andere Juristen an, die der CDU nahe stehen. Stellvertretende Vorsitzende ist die ehemalige Brandenburger Justizministerin und heutige CDU-Landtagsabgeordnete Barbara Richstein. Wir hatten uns zusammengeschlossen, um auf Landesebene regelmäßig rechts- und justizpolitische Schwerpunkte zu diskutieren.

Und dafür muss man CDU-Mitglied sein?

Eichelbaum: Ganz und gar nicht. Es kommt allein darauf an, Grundprinzipien einer christlich demokratischen Rechtspolitik mitzutragen. Aufgabe des LADCJ ist es des Weiteren, den CDU-Landesvorstand und die Landtagsfraktion in allen rechtspolitischen Fragen zu beraten.

Was diskutieren Sie in diesem Arbeitskreis zum Beispiel?

Eichelbaum: Wie Berliner und Brandenburger Justiz in der Praxis besser zusammenarbeiten können. In Potsdam führen wir öffentliche Podiumsdiskussionen mit dem Brandenburger Generalstaatsanwalt über die Strafvollzugspolitik oder mit der ehemaligen Verfassungsschutzchefin von Brandenburg über die Extremismus-Bekämpfung.

Ihr Fazit des JVA-Besuchs heute?

Eichelbaum: Die sehr engagierte Leitung vermittelt einerseits den Eindruck, dass Resozialisierung kein Fremdwort ist, und andererseits die Allgemeinheit vor Straftätern geschützt ist. Hier gibt es offenbar höchste Sicherheitsstandards. Was wichtig ist: Es darf keinen Kuschelvollzug geben.

Interview: Jutta Abromeit

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 17.02.2015

Gestörte Kommunikation - Die Zeichen für einen gemeinsamen Jugendarrest von Berlin und Brandenburg stehen schlecht. In Potsdam sucht man Alternativen

Potsdam - Brandenburgs Justizminister Helmuth Markov (Linke) und Berlins Justizsenator Thomas Heilmann (CDU) werden wohl keine Freunde mehr. Allen Beteuerungen zum Trotz steht es um die Zusammenarbeit der Justiz beider Länder alles andere als gut - trotz gemeinsamer Obergerichte. Denn nun droht der gemeinsame Jugendarrest zu scheitern.

Die Diagnose vom Rechtsexperten der CDU-Landtagsfraktion Danny Eichelbaum lautet: "Wieder einmal funktioniert auf dem Gebiet der Rechtspolitik die Kommunikation zwischen Senat und Landesregierung nicht, eine Partnerschaft sieht anders aus." Eichelbaum forderte, Markov müsse das Projekt zur Chefsache machen, manchmal reiche es auch, zum Telefon zu greifen. Doch nicht einmal das scheint derzeit noch möglich zu sein. Am Dienstag erst lancierte das Justizministerium die Nachricht, dass Heilmann am Rande einer Veranstaltung in Berlin gesagt habe, in der laufenden Berliner Legislatur, also bis zur Abgeordnetenhauswahl im Herbst 2016, werde es nichts mehr mit dem Staatsvertrag.

Das bekräftigte auch Brandenburgs Justizstaatssekretär Ronald Pienkny am Donnerstag im Rechtsausschuss des Landtags erneut: "Die Kommunikation war eindeutig." Heilmanns Sprecherin hatte bereits zu Wochenbeginn widersprochen, man halte an dem Projekt fest. "Es gibt kein Interesse daran, dass es nicht funktioniert", sagte sie. Dann, kurz vor der gestrigen Sitzung des Rechtsausschusses im Landtag und auch im Abgeordnetenhaus am Mittwoch, erneuerte Heilmann seine Zusage in einem Schreiben an Markov. Das bestätigte Justizstaatssekretär Pienkny, sprach aber von einem Sinneswandel auf Berliner Seite. Nach PNN-Informationen hat Heilmann von einem Missverständnis gesprochen. Soll heißen: Entweder hat sich Heilmann unklar ausgedrückt oder Markov hat nicht richtig zugehört - oder es missverstehen wollen. In Berlin heißt es, Heilmann habe Markov freundlich darauf hinweisen wollen, dass sich beide beeilen müssten, wollten sie den Staatsvertrag bis zu den Berliner Wahlen im Herbst 2016 unter Dach und Fach bringen.

Der Abstimmungsaufwand ist groß, das Ratifizierungsverfahren komplex. Aber Heilmann sicherte Markov zu, dass Berlin Jugendliche in den Jugendarrest in Berlin-Lichtenrade aufnehmen will, egal ob mit Staatsvertrag oder über eine Verwaltungsvereinbarung. In jedem Fall würde das Brandenburger Gesetz für den Jugendvollzug angewendet. Wobei Berlin einen Staatsvertrag nicht für nötig hält, eine Verwaltungsvereinbarung für ausreichend. Brandenburg sieht das genau anders. In Berlin gilt das alte, restriktive Bundesrecht aus den 1970er-Jahren. Brandenburgs Vollzugsgesetz für den Jugendarrest, ein Erbe von Ex-Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke), ist liberaler und stärker auf die pädagogische Betreuung ausgerichtet. Um das auch in Lichtenrade durchzusetzen, hält das Justizressort in Potsdam einen Staatsvertrag für zwingend notwendig, wie Pienkny betonte.

Er äußerte sich optimistisch, dass das Projekt erfolgreich abgeschlossen werde. Schöneburg, nun Landtagsabgeordneter und Mitglied im Rechtsausschuss, kommentierte knapp: "Ich bin da skeptisch." Nach bisherigen Plänen sollten in der Einrichtung in Lichtenrade ab 2016 auch 20 straffällige Jugendliche aus Brandenburg untergebracht werden. Brandenburg verzichtete daher auf den Neubau einer Arrestanstalt in Königs Wusterhausen für 5,2 Millionen Euro als Ersatz für die bestehende Containerunterbringung. Nach PNN-Recherchen stößt ein gemeinsamer Jugendarrest im Potsdamer Justizministerium derzeit auf wenig Gegenliebe. Berlin will, dass Brandenburg 20 Plätze bezahlt, die Zahl der ständig mit Arrest belegten Jugendlichen in Brandenburg sank aber von durchschnittlich 15 im Jahr 2009 auf zuletzt 8. Nötig sind aus Brandenburger Sicht daher nur zehn ständige Plätze. Deshalb gibt es nach PNN-Informationen im Justizressort konkrete Überlegungen, den Jugendarrest an die Haftanstalt Wriezen

anzugliedern, wo jugendliche und heranwachsende Straftäter inhaftiert sind. Pienkny dementierte nicht, er sagte: "Wir denken über ganz viele Alternativen nach."

Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten, 13.02.2015

Hoher Krankenstand in der Justiz

Potsdam - Brandenburgs Justiz hat ebenso wie die Polizei mit hohen Krankenständen zu kämpfen. Besonders belastet sind die Staatsanwaltschaften. Dort fehlen Staatsanwälte im Schnitt 20 Tage pro Jahr wegen Krankheit. Das geht aus einer internen Aufstellung des von Helmuth Markov (Linke) geführten Justizministeriums hervor. Staatsanwälte und Richter sehen die hohe Arbeitsbelastung als Grund für den hohen Krankenstand. Bei der Polizei sind die Beamten im Schnitt 34 Tage pro Jahr krank. Allerdings werden bei ihnen auch die Wochenenden bei Fehlzeiten mitgezählt.

Beim gehobenen Dienst bei den Staatsanwaltschaften, also Rechtspflegern, verzeichnet die Statistik 20 krankheitsbedingte Fehltag, bei Geschäftsstellenmitarbeitern sind es fast 28. Weniger hoch sind die Krankenstände mit 10 Fehltagen bei Richtern an ordentlichen Gerichten, 15 an den Verwaltungsgerichten und 12 bei den Arbeitsgerichten. Nur 10 sind es bei den Sozialgerichten. Dort hatte Markov Ende 2014 Irritationen ausgelöst mit der Aussage, auffällig sei es, dass die Krankenstände an den Sozialgerichten sehr hoch seien und das Gesundheitsmanagement verbessert werden müsse. Damit wollte er Forderungen nach mehr Personal an den überlasteten Sozialgerichten zurückweisen. Der Rechtsausschuss des Landtags befasst sich am heutigen Mittwoch mit der Personallage in der Justiz und der Bedarfsplanung.

Wie aus einer Vorlage des Ministeriums hervorgeht, haben alle Bereiche mit massiven Altersabgängen in den kommenden Jahren zu rechnen, die aber nicht voll kompensiert werden können. CDU-Rechtsexperte Danny Eichelbaum sagte den PNN, alle vom Ministerium vorgelegten Zahlen belegten, dass die "Justiz in Brandenburg vor einem Personalkollaps" stehe. "Es fehlt an Personal, die Krankenstände sind enorm hoch, die Beschäftigten arbeiten bis an die Grenze der Belastbarkeit und wir haben in den nächsten Jahren eine hohe Anzahl von Altersabgängen", sagte Eichelbaum. Nötig sei ein Kurswechsel in der Personalpolitik, die Personalbedarfsplanung müsse überarbeitet werden - mit mehr Stellen für Richter, Rechtspfleger und Justizbeschäftigte im mittleren Dienst. Allein an den ordentlichen Gerichten werden laut Eichelbaum 264 Justizbeschäftigte bis 2019 in den Ruhestand verabschiedet. Die Folge seien lang andauernde Gerichtsverfahren für Bürger und Unternehmen. Alexander Fröhlich

Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten, 12.02.2015



*Neujahrsempfang der Stadt Ludwigsfelde
am 09.01.2015*

Märkische CDU fordert härtere Strafen für Einbrecher – Rot-Rote Landesregierung gegen bayerische Bundesratsinitiative. Freistaat für Telefonüberwachung gegen Bandenkriminalität.

Potsdam - Brandenburg lehnt trotz steigender Einbruchszahlen eine härtere Gangart gegen die Täter ab. Einen entsprechenden Vorstoß Bayerns im Bundesrat, Wohnungseinbrüche juristisch schärfer zu verfolgen, werde man nicht unterstützen, teilte das von Helmuth Markov (Linke) geführte Justizministerium auf Anfrage mit. Zuvor hatte die märkische CDU die rot-rote Landesregierung aufgefordert, sich der Gesetzesinitiative aus dem Freistaat anzuschließen. "Wohnungseinbrüche sind keine Kavaliersdelikte und müssen hart bestraft werden", so der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Potsdamer Landtag, Danny Eichelbaum.

Der Anstieg der Fälle in Brandenburg zeige, dass kein Anlass für milde Strafen bestehe, sagt auch der Innenpolitiker der Union, Björn Lakenmacher. 2013 wurde in der Mark 5613-mal eingebrochen. Das sind fast 1300 Fälle mehr als 2010. Bayern will Wohnungseinbrüche künftig nicht mehr als minderschwere Fälle bestrafen. "Diese Privilegierung müssen wir dringend streichen", so Justizminister Winfried Bausback (CSU). Eine mildere Bestrafung sei unangemessen, da Einbruchopfer oft lange unter psychischen Belastungen litten. Der Strafraum für minderschwere Fälle liegt zwischen drei Monaten und fünf Jahren Haft. Bayern will, dass Einbrüche wie vor der Abmilderung 2011 wieder mit sechs Monaten bis zehn Jahren Haft bestraft werden können.

Außerdem sieht der Gesetzentwurf vor, dass bei Wohnungseinbrüchen grundsätzlich die Telefonate von Verdächtigen überwacht werden dürfen, um organisierten Banden schneller auf die Schliche zu kommen. Die geringe Aufklärungsquote bei Einbrüchen mache es nötig, die Ermittlungsmethoden zu erweitern, sagt Eichelbaum. In Brandenburg lag die Aufklärungsquote zuletzt bei 33 Prozent. Im Bundesschnitt werden sogar nur 15,5 Prozent der Einbruchdelikte aufgeklärt. "Der Vorstoß ist es wert, darüber zu diskutieren", sagt Jürgen Lüth, Landesvorsitzender des Opferverbands "Weißer Ring". Einbrüche könnten für die Opfer traumatische Folgen haben. Wenn Verfahren gegen die Täter dann sogar eingestellt werden, sei das für die Opfer eine Zusatzbelastung.

Aber: Wichtiger als härtere Strafen einzuführen sei dafür zu sorgen, dass Wohnungsbesitzer gar nicht erst zu Opfern werden. "Zuerst muss das Sicherheitsgefühl der Bürger gestärkt werden und das geht nur durch eine höhere Polizeipräsenz", betont der frühere Cottbuser Polizeipräsident. So ähnlich sieht das auch das Brandenburger Justizministerium. "Prävention durch Strafverfolgung ist immer aussichtsreicher als Prävention durch Strafzumessung", sagt Vize-Sprecher Alexander Kitterer. Es sei nachgewiesen, dass härtere Strafen Verbrechen nicht entscheidend verhindern. Stattdessen müssten die Bürger ihre Wohnungen besser schützen.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 08.02.2015



19.1.2015 Brandenburg Empfang auf der Grünen Woche in Berlin

Innenministerium: 2014 über hundert Abschiebungen

Im Jahr 2014 haben in Brandenburg mindestens 112 Abschiebungen stattgefunden. Das sagte die stellvertretende Sprecherin des Potsdamer Innenministeriums, Susann Fischer, gestern auf Nachfrage des „Prignitzers“. Zuvor hatte der rechtspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Danny Eichelbaum, der Landesregierung in einer Pressemitteilung vorgeworfen, „keinerlei Erkenntnisse über die Vollstreckung vollziehbarer Ausreisepflichten“ zu besitzen.

Der Abgeordnete hatte kürzlich eine kleine Anfrage zur Dauer der Asylverfahren an den Verwaltungsgerichten an die Landesregierung gestellt. Daraus ergab sich, dass in Brandenburg 2014 insgesamt 3136 Ausländer lebten, deren Asylverfahren endgültig abgelehnt wurden. Sie waren zu einer Ausreise verpflichtet. „Zu einem effektiven Asylsystem gehören auch die notwendigen Schritte, damit rechtsgültig abgelehnte Bewerber in ihre Heimatländer zurückkehren“, so Eichelbaum. In der Antwort hatte der Minister für Justiz und Europaangelegenheiten, Helmut Markov (Linke), erklärt, dass es im Land keine Statistiken darüber gebe, wie viele abgelehnte Asylbewerber wirklich abgeschoben wurden.

Die Sprecherin des Innenministeriums bestätigte das auf Nachfrage. Für die Abschiebungen seien die Ausländerbehörden der Landkreise verantwortlich. Sie seien nicht verpflichtet, derartige Vorgänge dem Land zu melden. Allerdings führten Abschiebungen regelmäßig zu einer Kostenabrechnung der Ausländerbehörden der Landkreise bei der zentralen Ausländerbehörde. Daraus könne man ersehen, dass es 2014 mindestens 104 Abschiebungen rechtskräftig zur Ausreise verpflichteter Menschen gab, die von der Ausländerbehörde und den Kommunen veranlasst wurden. Weiterhin wurden acht Personen abgeschoben, die sich illegal im Land aufhielten. 286 Ausreisepflichtige verließen das Land im vergangenen Jahr demnach freiwillig.

Eichelbaum betonte in seiner Pressemitteilung, dass Deutschland ein funktionierendes Asylsystem benötige. „Nach dem Grundgesetz genießen politisch Verfolgte in Deutschland Asylrecht“, so der CDU-Abgeordnete. Menschen, die zu Recht Anspruch auf Asyl erheben, müsse schnellstmöglich die rechtsgültige Sicherheit einer Zuflucht gewährt werden.

Quelle: SVZ, 07.02.2015

*12.01.2015 Klausurtagung
der Brandenburger CDU-
Bundestagsabgeordneten,
Europaabgeordneten,
Landtagsabgeordneten
und der Mitglieder des
CDU-Landesvorstandes in
Groß Dölln*



Mehr Personal gefordert - Gerichte von Hartz IV-Klagen überlastet

Die Sozialgerichte ertrinken nach der Arbeitsmarktreform in einer Klageflut. Aussicht auf Rettung ist vorerst in weiter Ferne. Das soll sich ändern.

Brandenburgs Sozialgerichte leiden weiter unter Überlastung. Ende 2014 waren 35 808 Verfahren unerledigt, zwei Prozent mehr als im Vorjahr. Dem von der Verfassung garantierten Recht auf ein zügiges Verfahren könne man weiter nicht gerecht werden, beklagte der Präsident des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg, Herbert Oesterle, am Dienstag in Potsdam.

Allerdings sei im Unterschied zu den Vorjahren leichte Besserung in Sicht: Mit insgesamt 76,5 Stellen verfügten die Sozialgerichte mittlerweile über genügend Richter, um die im Laufe eines Jahres eingehenden Fälle zu bearbeiten. Außerdem ist die Zahl der neuen Verfahren 2014 um 4,7 Prozent auf insgesamt 22 991 Klagen zurückgegangen. Um die Halde der unerledigten Fälle abzubauen, seien aber zehn weitere, befristet einzurichtende Stellen nötig, so Oesterle. Zudem müssten auch die Stellen in der Verwaltung aufgestockt werden.

Flickschusterei in der Justiz?

Schon in den vergangenen Jahren hatten die Sozialgerichte über massive Überlastung geklagt. Schuld daran waren vor allem die Beschwerden gegen Hartz-IV-Bescheide, die rund 60 Prozent aller Klagen umfassten.

Der CDU-Rechtspolitiker Danny Eichelbaum forderte Justizminister Helmuth Markov (Linke) zu einem „Kurswechsel in der Personalpolitik“ auf. „Die Flickschusterei in der Justiz muss endlich ein Ende haben“, so Eichelbaum. Notwendig sei eine tragbare Personalkonzeption. „Wir benötigen mehr Richter, mehr Rechtspfleger und mehr Mitarbeiter im mittleren Justizdienst“, so der CDU-Politiker. „Die Sozial- und Verwaltungsgerichte sollten organisatorisch zusammengelegt werden, um Synergieeffekte zu erzielen.“

Justizminister gibt klagenden Richtern recht

Auch der derzeit in Brüssel befindliche Justizminister sagte auf Nachfrage, die Sozialrichter hätten recht, wenn sie den hohen Bestand unerledigter Verfahren beklagten. „Deshalb unternehmen wir schon seit geraumer Zeit große Anstrengungen, die Anzahl der Richterinnen und Richter von einem sehr niedrigen Niveau auf die erforderliche Zahl zu erhöhen, um alle eingehenden Verfahren bearbeiten zu können.“

Bei den anstehenden Haushaltsverhandlungen wolle er sich für weitere Einstellungen einsetzen. „Mehr Richter und eine damit einhergehende größere Flexibilität allein ändern aber nichts an den grundsätzlichen Schwachstellen des gesamten Systems“, so Markov. „Wir wollen eine bessere Prüfung der Verfahrensqualität sicherstellen und eine Initiative im Bundesrat zur Vermeidung von Rechtsstreitigkeiten vorbereiten.“

Quelle: Nordkurier, 04.02.2015

Ausgewählte Termine März/April 2015

- 24.3.2015 10 Uhr Klausurtagung des CDU-Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik in Potsdam
- 25.3.2015 10 Uhr Tag des Kriminalitätsoffers des Weißen Ringes e.V. in Senftenberg
18 Uhr Mitgliederversammlung des TSV Falkensee
- 30.3.2015 17 Uhr Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt in Lüdersdorf
- 31.3.2015 10 Uhr Sitzung des CDU-Arbeitskreises Innen und Rechtspolitik in Potsdam
11 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam
- 01.4.2015 15 Uhr Ludwigsfelder Kaffeeklatsch in Groß Schulzendorf
18 Uhr Berufung des Brandenburgischen Olympiateams in Potsdam
- 06.4.2015 10 Uhr MAZ Osterwanderung in Heinersdorf
- 07.4.2015 10 Uhr Sitzung des CDU-Arbeitskreises Innen und Rechtspolitik in Potsdam
11 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam
- 10.4.2015 15 Uhr 25 Jahre Deutsche Justizgewerkschaft Brandenburg in Potsdam
- 11.4.2015 10 Uhr Offene Mitteldeutsche Meisterschaften im Ringen in Luckenwalde
- 13.4.2015 18.30 Uhr Sitzung des CDU-Kreisvorstandes
- 14.4.2015 10 Uhr Sitzung des CDU-Arbeitskreises Innen und Rechtspolitik in Potsdam
11 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam
14.30 Uhr Rechtspolitisches Fachgespräch der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg
- 16.4.2015 11.30 Uhr Sitzung des Rechtsausschusses des Landtages
- 17.4.2015 18 Uhr Sitzung des CDU-Landesvorstandes
- 21.4.2015 10 Uhr Sitzung des CDU-Arbeitskreises Innen und Rechtspolitik in Potsdam
11 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam
- 22.4.2015 10 Uhr Empfang einer Besuchergruppe aus Teltow-Fläming im Landtag
18.30 Uhr Sitzung der CDU-Kreistagsfraktion Teltow Fläming
- 23.4.2015 17 Uhr Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt
19 Uhr Empfang der Gemeinde Nuthe-Urstromtal in Hennickendorf
- 25.4.2015 10 Uhr CDU-Landesparteitag in Schönefeld
- 27.4.2015 17 Uhr Sitzung des Kreistages in Luckenwalde
- 28.4.2015 10 Uhr Sitzung des CDU-Arbeitskreises Innen und Rechtspolitik in Potsdam
11 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam
- 29.4.2015 Plenum des Landtages (ganztägig)
- 30.4.2015 Plenum des Landtages (ganztägig)

Impressum: Wahlkreisbüro Danny Eichelbaum MdL, Albert-Tanneur-Straße 27, 14974 Ludwigsfelde
Tel: 03378/5480888 Fax: 03378/5480886 E-Mail: info@danny-eichelbaum.de